



Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB)

BELMARINE Bootsrechtsschutz

Ausgabe 02.2009

Sehr geehrte Kundin
Sehr geehrter Kunde

Sie haben sich für die Wasserfahrzeug -
Rechtsschutzversicherung der
LINDEMANN Versicherungen entschieden.
Dafür danken wir Ihnen herzlich.
Ob Panne, Kollision oder Diebstahl – rufen Sie uns
direkt ab Schadenplatz an und wir helfen Ihnen weiter.
Diese Allgemeinen Vertragsbedingungen bilden zu-
sammen mit der Police Ihren individuellen Versicherungs-
schutz.

Wir wünschen Ihnen eine gute und unfallfreie Fahrt.

Ihre LINDEMANN Versicherungen GmbH (LVG)

Bei Schadenfällen:
Telefon 044 298 87 87

Aus dem Ausland:
Telefon 041 44 298 87 87

Internet:
www.lindemann-versicherung.ch

Allgemeine Versicherungsbedingungen der DAS Rechtsschutz-Versicherungs-AG

1. Versicherte Personen, Eigenschaften und Wasserfahrzeuge

- a) Der Eigentümer des mit Nummernschild bezeichneten, nicht gewerbsmässig benützten Wasserfahrzeuges mit einem Wert bis CHF 1 Mio., der von LVG betreut wird und die Rechtsschutzversicherung für dieses Kontrollschild abgeschlossen hat, in der Eigenschaft als Eigentümer, Halter oder Führer dieses Wasserfahrzeuges. Die Versicherungsdeckung bezieht sich zudem auf ein Beiboot ohne eigenen Wasserfahrzeugausweis, sowie auf geschleppte oder gestossene Sachen, inklusive Transportmittel zu Land ausserhalb des Strassenverkehrs.
- b) Der Eigentümer des Wasserfahrzeuges gemäss Ziff. 1a ist im Weiteren als nicht gewerbsmässiger Mieter/Charterer, Skipper, Schiffsführer oder als Crewmitglied jedes anderen Wasserfahrzeuges versichert.
- c) Mitglieder der Crew des Wasserfahrzeuges gemäss Ziff. 1a.
- d) Andere Personen, die zur Benützung des Wasserfahrzeuges gemäss Ziff. 1a berechtigt sind.

2. Versicherte Rechtsbereiche

Die DAS gewährt Versicherungsdeckung in folgenden Rechtsbereichen (abschliessende Aufzählung):

- a) *Schadenersatz*
Die Einforderung von Schadenersatz im Anschluss an einen Schiffsunfall oder an den Diebstahl oder die Beschädigung eines versicherten Wasserfahrzeugs. Versicherungsschutz besteht auch für das aktive Vorgehen im Strafverfahren zur Durchsetzung dieses Anspruchs.
- b) *Opferhilfe*
Einforderung von Entschädigungen nach schweizerischem Opferhilfegesetz sowie das aktive Vorgehen im Strafverfahren zu deren Durchsetzung.
- c) *Strafrecht*
Die strafrechtliche Verteidigung infolge Verletzung von Bestimmungen, die den Schiffverkehr regeln.
- d) *Führerausweis / Schiffsausweis*
Die Interessenwahrung des Versicherten bei Streitigkeiten mit den schweizerischen und liechtensteinischen Administrativbehörden, die den Entzug oder die Wiedererteilung des Führer- oder Schiffsausweises zum Gegenstand haben
- e) *Versicherungsrecht*
Die Interessenwahrung des Versicherten bei Streitigkeiten mit Privat- und Sozialversicherungen im Anschluss an einen Schiffsunfall oder im Zusammenhang mit einem auf seinen Namen eingelösten Wasserfahrzeug.
- f) *Vertragsrecht*
Die Interessenwahrung bei vertraglichen Streitigkeiten mit Handwerkern betreffend Reparaturverträge am Wasserfahrzeug, mit Vermietern von Bootsplätzen oder Vercharterern von Wasserfahrzeugen. Von der Deckung ausgeschlossen sind Streitigkeiten aus Verträgen, die der Versicherte gewerbsmässig abgeschlossen hat.

3. Ausschlüsse

Kein Versicherungsschutz besteht in den folgenden Fällen:

- a) Streitigkeiten zwischen dem Versicherten und Lindemann, der DAS sowie ihren Organen.
- b) Streitigkeiten mit Anwälten, Experten und anderen Beauftragten, die in einem von der DAS gedeckten Fall tätig werden.
- c) Streitigkeiten und Interessenkonflikte zwischen Personen, die durch dieselbe Police versichert sind (dieser Ausschluss bezieht sich nicht auf den Versicherungsnehmer selbst).
- d) Schadenereignisse, bei welchen der Lenker keinen gültigen Führerausweis besass oder zum Führen des Schiffs nicht berechtigt war, Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Teilnahme an Rennen oder Wettfahrten und an deren Trainingsläufen, sowie Streitigkeiten im Zusammenhang mit Wasserflugzeugen abgeschlossen.

- e) Streitigkeiten im Zusammenhang mit einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder sonstigen gewinnorientierten Handlung, die nicht auf einem Arbeitsverhältnis beruht.
- f) Abwehr von Schadenersatzansprüchen und Konventionalstrafen.
- g) Streitigkeiten im Zusammenhang mit vereins-, stiftungs-, genossenschafts- und gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen.
- h) Verfahren aus dem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht, soweit sie nicht in direktem Zusammenhang mit einem gedeckten Schadenfall stehen.
- i) Streitigkeiten als Folge aktiver Beteiligung an einer Rauferei oder Tätlichkeit sowie im Zusammenhang mit Delikten aus dem Bereich der Ehre.
- j) Streitigkeiten im Zusammenhang mit kriegerischen Ereignissen, Aufruhr, Neutralitätsverletzungen, Streiks, Unruhen aller Art, Erdbeben, Atomkernspaltung und -Fusion, ionisierender und nichtionisierender Strahlung, Gefährdungen und Beeinträchtigungen durch gentechnisch veränderte Organismen.

4. Versicherte Leistungen

- a) Zur Wahrung der rechtlichen Interessen des Versicherten übernimmt die DAS zusätzlich zu den Leistungen des eigenen Rechtsdienstes folgende Kosten (abschliessende Aufzählung):
 - Maximale Deckungssumme pro Schadenereignis:
 - Zonen A und B: Vertragliche Streitigkeiten CHF 50'000.–
 - Zonen A und B: Übrige Verfahren/Streitigkeiten CHF 250'000.–
 - Zone C: generell CHF 25'000.–
 - Anwaltskosten gemäss ortsüblichen Tarifen
 - Kosten für Expertisen, die entweder im Einverständnis mit der DAS oder auf Anordnung des Gerichts veranlasst worden sind
 - Gerichtsgebühren und Verfahrenskosten
 - Betreuungskosten bis zum Vorliegen eines Pfändungsverlustscheins oder einer Konkursandrohung
 - Strafkautionen zur Vermeidung von Untersuchungshaft. Diese Leistungen werden nur vorschussweise erbracht und sind der DAS vom Versicherten zurückzuerstatten.
- b) Bei mehreren Schadenfällen, die mit dem gleichen Grundereignis () sachlich zusammenhängen, steht die maximale Deckungssumme für den Versicherungsnehmer und die mitversicherten Personen nur einmal zur Verfügung.
- c) Sind mehrere Versicherte vom gleichen Grundereignis betroffen, ist die DAS berechtigt, die Leistungen auf die aussergerichtliche Interessenwahrung und Führung notwendiger Musterprozesse durch von ihr ausgewählte Rechtsvertreter zu beschränken.
- d) In Schadenfällen ausserhalb Europas erbringt die DAS keine eigenen Dienstleistungen, sondern erstattet dem Versicherten die Kosten seiner Interessenwahrung im Rahmen von Abs. a)
- e) Grundsätzlich sind die Kosten durch die unterliegende Partei zu tragen. Die gerichtlich und aussergerichtlich zugesprochenen Parteientschädigungen zugunsten des Versicherten fallen der DAS bis zur Höhe der von ihr erbrachten Leistungen zu. Im Falle eines Vergleichs übernimmt die DAS jenen Kostenanteil, der nach Massgabe des Unterliegens auf den Versicherten entfällt. Ohne vorgängige Zustimmung sind anderslautende Abreden unter den Parteien für die DAS nicht bindend.
- f) Nicht versichert ist die Bezahlung von
 - Bussen und Konventionalstrafen
 - Schadenersatz und Genugtuung
 - Spesen und Verwaltungskosten eines Strafmandats oder einer Administrativmassnahme
 - Kosten von Blut- oder ähnlichen Analysen sowie von medizinischen Untersuchungen, die im Rahmen einer Strafuntersuchung oder von einer Verwaltungsbehörde angeordnet werden.
 - Kosten, die zu Lasten des Haftpflichtigen oder seines Versicherers gehen. Werden unter diesem Titel Vorschussleistungen durch die DAS erbracht, sind sie vom Versicherten zurückzuerstatten.
 - Kosten, zu deren Übernahme ein anderer Leistungsträger vertraglich verpflichtet ist (Subsidiarität der Rechtsschutzleistungen).

5. Örtlicher Geltungsbereich

- a) Die Versicherung erstreckt sich auf Fälle, für deren Beurteilung Gerichte und Verwaltungsbehörden im jeweiligen Deckungsgebiet zuständig sind. Abweichende Regelungen in den Versicherungsbedingungen bleiben vorbehalten.
- b) Der Halter- und Verkehrsrechtsschutz gemäss Art. 1a,c und d gilt nur für Schiffe, die sich in der Zone A befinden.
- c) Der Mieter/Charterer-Rechtsschutz gemäss Art. 1b erstreckt sich zudem auf die Zonen B und C.

6. Zeitlicher Geltungsbereich

- a) Versicherungsschutz besteht, wenn
 - das Grundereignis während der Vertragsdauer eintritt
 - und zusätzlich der Bedarf nach Rechtshilfe vor Versicherungsende der DAS angemeldet wird.
- b) Für vertragliche Streitigkeiten beginnt der Versicherungsschutz nach Ablauf von 90 Tagen seit Inkrafttreten des Versicherungsvertrags (Wartefrist).

- c) Als Grundereignis gilt
 - im Schadenersatz- und Opferhilferecht: Ereignis, das den Entschädigungsanspruch begründet;
 - im Versicherungsrecht:
 - Ereignis, das den Leistungsanspruch begründet;
 - in Invaliditätsfällen das Unfallereignis oder der Eintritt der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit;
 - Zeitpunkt der Begehung der vorgeworfenen Rechts- oder Vertragsverletzung, sofern der Streit keinen Entschädigungsanspruch zum Gegenstand hat;
 - im Straf- und Administrativrecht: Zeitpunkt der erstmaligen Begehung der vorgeworfenen Widerhandlung;
 - für die übrigen Rechtsgebiete: erstmalige Begehung der vorgeworfenen Rechts- oder Vertragsverletzung.

7. Anmeldung eines Rechtsfalles

Der Versicherte meldet der DAS unverzüglich jeden Rechtsfall, der Anlass zu einer Leistung geben kann. Er leitet ohne Verzögerung sämtliche sachdienlichen Informationen und Unterlagen an die DAS weiter (Korrespondenz, Vorladungen, Entscheide und Urteile zusammen mit den Briefumschlägen usw.).

8. Bearbeitung des Rechtsfalles

- a) Der Rechtsdienst der DAS klärt den Versicherten über seine Rechte auf und wahrt seine Interessen. Der Versicherte erteilt der DAS alle notwendigen Vollmachten.
- b) Der Versicherte mischt sich nicht in die Fallbearbeitung durch die DAS ein. Ohne vorherige Zustimmung der DAS erteilt er keine Aufträge an Anwälte, Sachverständige usw., leitet keine Verfahren ein, ergreift keine Rechtsmittel und schliesst keine Vergleiche ab. Er schliesst keine Honorarvereinbarungen mit dem beauftragten Anwalt ab.
- c) Erweist sich infolge Interessenkollision (Vertretung mehrerer Versicherter mit gegensätzlichen Interessen) oder im Hinblick auf ein Gerichts- bzw. Verwaltungsverfahren der Beizug eines externen Rechtsanwalt als notwendig (Anwaltsmonopol), kann der Versicherte frei einen im Gerichtskreis ansässigen Rechtvertreter wählen, der die erforderlichen Fähigkeiten besitzt. Lehnt die DAS den gewünschten Anwalt ab, schlägt der Versicherte drei andere im Gerichtskreis ansässige Anwälte aus verschiedenen Kanzleien vor, von denen die DAS einen auswählt. Die Ablehnung des Anwalts muss nicht begründet werden.
- d) Die DAS kann die Kostengutsprache auf einzelne Rechtswahrungsmassnahmen oder Verfahrensabschnitte einschränken.
- e) Die DAS behält sich das Recht vor, die Erbringung einzelner Dienstleistungen an einen externen Rechtsvertreter zu delegieren.
- f) Der Versicherte entbindet seinen Rechtsanwalt gegenüber der DAS vom Berufsgeheimnis.

9. Datenschutz

- a) Der Versicherte ermächtigt die DAS, die zur Verwaltung des Vertrages oder Abwicklung des angemeldeten Rechtsfalles erforderlichen Daten zu bearbeiten. Falls erforderlich, werden die Daten an involvierte Dritte, insbesondere an Mit- und Rückversicherer, zur Datenbearbeitung übermittelt.
- b) Im Falle eines Rückgriffs auf einen haftpflichtigen Dritten ermächtigt der Versicherte die DAS, die zur Durchsetzung des Regressanspruchs erforderlichen Daten dem haftpflichtigen Dritten bzw. dessen Haftpflichtversicherer mitzuteilen.
- c) Der Versicherte entbindet die mit der Sache befassten Medizinalpersonen von der Geheimhaltungspflicht und ermächtigt sie, der DAS die zur Fallbearbeitung erforderlichen Daten bekannt zu geben.
- d) Die DAS wird ermächtigt, bei Amtsstellen sachdienliche Auskünfte einzuholen und in amtliche Akten Einsicht zu nehmen.
- e) Die DAS verpflichtet sich, die erhaltenen Informationen vertraulich zu behandeln und die Daten gemäss den gesetzlichen Bestimmungen aufzubewahren.
- f) Der Versicherte hat das Recht, Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten oder im Dossier abgelegten Daten zu verlangen. Auf Verlangen werden unrichtige Daten berichtigt.
- g) Das Aufsichtsrecht schreibt eine Überprüfung der Geschäftsabläufe durch eine unabhängige Kontrollstelle vor. Im Rahmen dieser Zweckbestimmung ermächtigt der Versicherte die DAS, seine Daten an die Kontrollstelle zu übermitteln. Sie ist gesetzlich und vertraglich verpflichtet, die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes im gleichen Umfang zu beachten wie die DAS.

10. Meinungsverschiedenheiten

- a) Treten im Laufe der Bearbeitung eines gedeckten Falles Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Versicherten und der DAS hinsichtlich der Vorgehensweise auf oder beurteilt die DAS gewisse Schritte als aussichtslos, so teilt sie dem Versicherten ihren Standpunkt schriftlich und begründet mit und weist ihn gleichzeitig auf sein Recht hin, das nachfolgende Schiedsverfahren einzuleiten.
- b) Ab Empfang dieser Mitteilung hat der Versicherte alle erforderlichen Massnahmen zu Wahrung seiner Interessen selber zu treffen. Die DAS ist für die Folgen mangelhafter Interessenvertretung, insbesondere verpasster Fristen, nicht haftbar. Der Versicherte hat der DAS binnen 30 Tagen mitzuteilen, ob er ein Schiedsverfahren wünscht.

- c) Im Falle eines Schiedsverfahrens ernennen der Versicherte und die DAS im gegenseitigen Einvernehmen einen Einzelschiedsrichter. Er urteilt nach einmaligem Schriftenwechsel in einem einfachen und formlosen Verfahren und auferlegt den Parteien die Kosten entsprechend dem Ausgang des Verfahrens. Im Übrigen sind die Bestimmungen des Konkordats über die Schiedsgerichtsbarkeit anwendbar.
- d) Leitet der Versicherte trotz Ablehnung der Leistungen durch die DAS auf eigene Kosten ein Gerichtsverfahren ein und erzielt ein günstigeres Resultat gegenüber der Voraussage der DAS oder dem Entscheid eines Schiedsgerichts, so vergütet ihm die DAS im Rahmen der AVB die entstandenen Kosten.

11. Verletzung vertraglicher Obliegenheiten

Die schuldhaftige Verletzung vertraglicher Obliegenheiten durch den Versicherten berechtigt die DAS, ihre Leistungen abzulehnen.